

Bezugspreis:

Wochenblatt 3.-Mk. monatlich 8.-Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8.-Mk. zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk. für das übrige Ausland 10.25 Mk. bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Dageburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags einzeln.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 21. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Kompositorenzeile kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 50 Pf. (zwei- bis dreispaltige Worte) jedes weitere Wort 25 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Vereine-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Noch immer keine Lösung.

Weimar, 20. Juni. Auch am Nachmittag sind die Fraktionen zu Sitzungen zusammengetreten und, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, besteht nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen Aussicht auf Erhaltung des bisherigen Mehrheitsblocks.

Im Schlosse finden in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert Verhandlungen statt, die die Neubildung des Kabinetts zum Gegenstand haben.

Die für heute nachmittags angesetzte Sitzung des Friedensausschusses ist vorläufig bis auf weiteres verschoben worden. Desgleichen ist über den Zusammentritt der Vollversammlung noch nichts beschlossen.

Diese Meldung ist einigermaßen rätselhaft. Rätselhaft wie die Verwirrung, aus der man in Weimar nicht herauskommt. Es steht bisher fest, daß der Mehrheitsblock in der Frage der Annahme oder Ablehnung nicht einheitslich ist. Die Demokraten müßten auscheiden. Wie man bei geteilter Haltung eine Geschlossenheit konstruieren will, ist nicht ersichtlich. Oder haben die Demokraten ihre Stellung geändert?

Aus dieser Unsicherheit entspringen die zahllosen wilden Gerüchte, die dem Volke das Bewußtsein einimpfen, daß es in seiner schwersten Stunde keine Führung hat.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Hermann Müller war nicht beauftragt.

Die gestern Mittag von verschiedenen Nachrichtenbüros, darunter auch WTB, ausgegebene Meldung, wonach Hermann Müller mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt gewesen sein sollte, entsprach nicht den Tatsachen. Genosse Müller hat einen solchen Auftrag nie gehabt, vielmehr war Genosse David vom Reichspräsidenten erachtet worden, eine Kabinettsbildung vorzunehmen; diese ist ihm jedoch nicht gelungen. Die Parteiverhältnisse sind immer noch so unübersichtlich und die Mehrheiten von Stunde zu Stunde so wechselnd, daß die Lage sich nur sehr langsam klärt.

Die Schwierigkeiten beruhen darin, daß die Mehrheitsparteien innerlich gespalten sind, wie denn auch das Kabinett in der Nacht zum Freitag nicht nach Parteien, sondern nach persönlichen Meinungen auseinandergefallen ist. In der Hauptsache kann man drei Gruppen unterscheiden, deren eine für das Ablehnen, deren zweite für das Annehmen und deren dritte für ein modifiziertes Annehmen unter gewissen Bedingungen ist. Aber auch innerhalb dieser Gruppen gibt es wieder Schattierungen, wodurch die Lage noch komplizierter wird. Ein positiver Ausweg aus den Schwierigkeiten ist zur Stunde noch nicht zu erblicken, auch eine rein sozialistische Regierung würde keine Mehrheit finden. Wenn aber diese Schwierigkeiten in einigen Köpfen, wie behauptet wird — in welchen, wird nicht gesagt —, den Gedanken haben entstehen lassen, in der Einfügung einer Diktatur den reitenden Ausweg zu sehen, so müssen wir schon sagen, daß die tropische Hitze der letzten Tage, verbunden mit der Isolierung, offenbar auch in Weimar ihre Opfer gefunden hat. Es ist verbrecherisch, mit einem solchen Gedanken auch nur zu spielen.

Aber die Weimarer Angelegenheit scheint überhaupt einen günstigen Nährboden für Intriguen aller Art zu bieten. Einige Anhänger der Nichtunterzeichnung — nicht in unserer Partei — sehen die Schwierigkeiten der jetzigen Kabinettsbildung offenbar nicht ungern und suchen sie zu vergrößern. Eine neue Hoffnung tut sich ihnen auf, nämlich daß die Kabinettsbildung nicht mehr rechtzeitig bis Montag zustandekommt, und daß an dieser Tatsache einfach die Unterzeichnung des Friedens scheitert. Diese Hoffnung darf auf keinen Fall sich verwirklichen. Nachdem die Nichtunterzeichnung von ihren eigenen Anhängern als unmöglich erkannt worden ist, muß es zur Kabinettsbildung kommen, und die Mehrheitsparteien würden sicher dem Parlamentarismus das traurigste Zeugnis anstellen, wenn sie sie nicht zustande brächten.

Wie wir in letzter Stunde von zuständiger Stelle erfahren, schreitet die Kabinettsbildung jetzt doch günstiger und mit mehr Aussicht auf Erfolg vorwärts, so daß die Hoffnung besteht, bis Sonnabend früh das neue Kabinett doch noch zustande zu bringen.

Ungarn und der Friede.

Rede Bela Kun auf dem ungarischen Rätekongreß.

Budapest, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des Rätekongresses hielt Bela Kun eine große Rede über die auswärtige Politik. Er führte aus: Mit antimilitaristischen Schlagworten haben die westlichen Demokrasien ihre Proletarier in den Weltkrieg geschickt, sie haben sich aber nicht besser erwiesen als die mitteleuropäischen Monarchien. Der Friede von Vrest-Pitowol und Bukarest war um nichts erniedrigender als der, den sie Deutschland, Deutschösterreich und der jungen ungarischen Räte-Republik aufzwingen wollten, und wenn auch nur provisorisch, aufzwingen werden. Unser revolutionärer Krieg war eine notwendige Folge des Entente-Pogismus, der kein anderes Ziel hatte, als die Niedersetzung jeder Revolution, und der Einmischung seitens der Vasallenstaaten der Entente, deren Imperialismus hungrier und gefährlicher ist als der jedes Großstaates. Diese großen Gegensätze beziehen sich auf die Frage der Freiheit der Meere, den Völkerbund, die Kolonien und deren Internationalisierung. England kann die Freiheit der Meere nicht akzeptieren, Italien auf die Herrschaft über die Adria nicht verzichten, Frankreich der Internationalisierung der Kolonien nicht zustimmen.

Auf diesen und anderen Momenten können wir unsere internationale Politik ruhig aufbauen, die Entente wird unendlich einseitlich gegen Ungarn auftreten können. Der Schwerpunkt der internationalen Frage liegt heute darin, daß die Deutschland und Deutschösterreich diktierten Friedensbedingungen jede kapitalistische Wirtschaft unmöglich machen. Aber wie in Deutschland die Revolution ausbrach, wird auch die Entente dieses Schicksal erreichen. Mein Wunsch wäre, daß Deutschland unterschreibe, denn damit verliert der Scheidemannismus den Boden unter den Füßen, und die Massen des deutschen Volkes schließen sich dem revolutionären Flügel der Arbeiterschaft an, wie das schon in Oesterreich begonnen hat. Auch in der tschechischen Republik steht die Sache der Revolution nicht schlecht, und das Proletariat Italiens, Frankreichs und Englands ist gleichfalls erwacht. Trotsdem sage ich: Schließen wir den Frieden, wenn es geht. Auf die Rote Clemenceau können wir heute nur antworten, daß wir bereit sind, über den Frieden zu beraten. Wir wollen nicht nur mit der Entente, sondern auch mit den feindlichen Staaten um uns her verhandeln, die auf uns angewiesen sind, und auf die wir angewiesen sind. Wir betonen aber im voraus: Wir schließen einen Frieden, der nicht länger gelten wird, als der Friede von Vrest. Jedoch werden wir ihn nicht umstürzen, sondern das tschecho-slowakische, südslawische und rumänische Proletariat. (Beifall.)

Nedner unterbreitet dann einen Beschlus Antrag, der einstimmig angenommen wurde und nach welchem der Rätekongreß feierlich erklärt, daß er nicht nur nicht auf der Grundlage der territorialen Integrität stehe, sondern alle Klassenunterschiede, alle Nationalenunterdrückung, alle Scheidewände zwischen den Arbeitenden mit verschiedener Sprache, also auch die politischen und Zollgrenzen beseitigen wolle. Die Räterepublik erblicke in jedem Proletarierstaat einen natürlichen Verbündeten und wolle mit den Arbeitenden aller Staaten im Frieden leben. Die Verhältnisse auf den Gebieten der ehemaligen Monarchie sollen durch eine Konferenz der neuen Staaten geregelt werden.

Pariser Presse und Volksabstimmung.

Befürchtung, daß der ganze Vertrag umgestoßen wird.

Berlin, 20. Juni. Die französische Presse vom 19. Juni abends äußert die widersprechendsten Ansichten über die Unterzeichnungsfrage. Die rechtssozialistische „Heure“ sowie laut „Internationale“ die diplomatischen Kreise denken pessimistisch. „Temps“ und der nationalistische „Intelligence“ erwarten die Unterzeichnung erst nach dem Einsenden einer militärischen und wirtschaftlichen Zwangskolition. Der linkssozialistische „Populaire“ und die nationalistische „Patrie“ prophezeien rechtzeitige Unterzeichnung. „Information“ und „Journal de Debats“ befürchten historische Manöver. „Information“ meint, Deutschland werde vielleicht unter Einhaltung des Termins erklären, daß die Regierung grundsätzlich zur Unterzeichnung bereit sei, aber eine Befragung des Volkes für notwendig halte. Während der dadurch bedingten neuen Frist würde der amerikanische Senat den Vertrag vielleicht umstoßen. „Journal de Debats“ deutet an, daß die Verbündeten ein Erfuchen um Fristverlängerung zwecks Volksbefragung kaum ablehnen können. Mittlerweile könnte der Beschluß des amerikanischen Senats den ganzen Vertrag in Frage stellen.

Und Stunde auf Stunde verrinnet...

Von Friedrich Stampfer.

Weimar, 20. Juni.

Und Stunde auf Stunde verrinnet... Der Weg zur Ablehnung ist berrammelt, der Weg zur Annahme nicht geöffnet.

Der Weg zur Ablehnung ist berrammelt, weil nur ein fast einmütiges, ebenfalls ein auf eine übergroße, entschlossene Mehrheit gestütztes Votum der Nationalversammlung ihn ausschließen könnte, eine solche Mehrheit ist nicht da. Das Bemühen Scheidemanns, Landsbergs, Mangaus, der ganzen Friedensdelegation, sie zu schaffen, ist vergeblich geblieben. Die Unterlegenen haben Abschied genommen. Ebert, der mit dem ganzen Herzen auf ihrer Seite steht, ist noch geblieben, weil sein Abschied die hoffnungslose Lösung bedeutet hätte.

Unsere Fraktion hat sich die geschichtliche Führerrolle, die sie in dieser Zeit zu spielen berufen war, entgehen lassen. Die entscheidende Stunde fand sie uneinig und in ihrer Mehrheit hoffnungslos. Aber wenigstens soviel kam zu ihrer Ehre gesagt werden, daß ihre beiden divergierenden Teile sich klar darüber waren, was sie wollten. Die einen sahen in der Nichtunterzeichnung eines unmöglichen, unerfüllbaren, entehrenden Vertrages die einzige Hoffnung auf Rettung. Die anderen dachten über den Vertrag nicht anders, meinten aber, der moralische Zustand unseres Volkes lasse keine andere Möglichkeit mehr zu als die bedingungslose Unterzeichnung.

Das Verhalten der anderen Koalitionsparteien ist geradezu entsetzlich. Den Herren ist nicht beizubringen, daß es sich um Annahme oder Ablehnung handelt, und daß darüber bis Montag entschieden werden muß. Sie versuchen noch immer, sich durch parlamentarische Kunststücke zwischen ja und nein hindurchzuwinden und suchen ein unmögliches Kompromiß. Die Demokraten sagen Nein — aber, die Zentrumsleute sagen Ja — aber, getreu dem Dichterwort:

Schwarz und weiß, das sind Extreme, Grau, das ist das Angenehme, Das so schwarz wie weiß enthält.

So ist mit Narrenspößen — es gibt keinen anderen Ausbruch dafür — viel kostbare Zeit verströdet worden. Und doch ist die Sache jetzt fürchterlich klar.

Nachdem sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion für die Annahme der Friedensbedingungen entschlossen hatte, ist ihr gesagt worden, es sei nunmehr ihre Aufgabe, ein Unterzeichnungs-Kabinett mit der dazu gehörigen Mehrheit zustande zu bringen. Es ist ihr auch gesagt worden, die anders denkenden Fraktionsmitglieder wollten nur ihren Gewissenstandpunkt wahren, aber der Mehrheit ihre Aufgabe in keiner Weise erschweren. Ebert hat dem Genossen David die Bildung eines Kabinetts übertragen, Scheidemann und andere haben nach Kräften geholfen, den Uebergang zu erleichtern. Vergeltens. Das Unterzeichnungs-Kabinett ist nicht zustande gekommen, und das Ergebnis tagelanger qualvoller Beratungen ist gleich Null.

Ein Einmarsch der Entente, der nach einem festen Nein der Regierung und der Nationalversammlung begonnen hätte, wäre zu ertragen gewesen. Ein Einmarsch, der erfolgt, weil in Deutschland das Chaos ausgebrochen ist, weil man hier nicht rechtzeitig zu einem unvermeidlich gewordenen Entschluß kommen kann, würde alle Nachteile einer offenen Ablehnung bringen, aber keinen ihrer Vorteile. Ein Entschluß, sei er auch noch so wenig heroisch, verdient und findet immer noch mehr Respekt, als die eingeständene Entscheidungsfähigkeit. Können wir nicht mehr handeln, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn es andere in ihrer Weise und ihrem Interesse für uns tun.

So schuldet die Fraktionsmehrheit, nachdem sie eine andere Politik unmöglich gemacht hat, den Beweis, daß ihre die richtige ist, und daß sie imstande ist, zunächst nur ihr erstes voransichtliches Ziel, die Unterzeichnung der Friedensbedingungen, zu erreichen. Die Minderheit der Fraktion, die ihr Spiel als verloren betrachtet muß, wird der Mehrheit keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sie im Gegenteil überall unterstützen, wo sich das mit ihrem Gewissen in Einklang bringen läßt.

Darüber darf man sich nicht täuschen: Um Frieden zu schließen, dazu bedarf es einer parlamentarischen, auf eine Parlamentsmehrheit gestützte Regierung, und die muß auf jeden Fall geschaffen werden, und zwar so rasch













